

DGB-Kundgebung 1. Mai 2012 in Köln

Rede

Annelie Buntenbach

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

**GUTE ARBEIT FÜR EUROPA
GERECHTE LÖHNE – SOZIALE SICHERHEIT**

BITTE BEACHTEN SIE:

SENDESPERRFRIST: 1. Mai 2012, Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Ich freue mich sehr, dass wir hier und heute so viele sind! So viele die gemeinsam demonstrieren – für gute Arbeit für Europa, für gerechte Löhne und soziale Sicherheit!
Auch von mir ein herzliches Willkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir stehen heute auch deshalb auf der Straße, weil wir eine Gesellschaft wollen, an der alle Menschen teilhaben können: Und zwar unabhängig von Hautfarbe und Herkunft, ohne Angst, ohne Ausgrenzung, ohne Rassismus!

Wir sind es den Opfern des Naziterrors hier in Köln und überall in der Republik schuldig – schuldig dafür zu sorgen, dass nach dem ersten öffentlichen Erschrecken über den so genannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ jetzt nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergegangen wird.

Alle Fakten müssen auf den Tisch, auch wenn der Verfassungsschutz dabei überhaupt keine gute Figur macht. Wir erwarten, dass aus diesen Fakten endlich praktische Konsequenzen gezogen werden!

Dabei geht es auch um die rassistischen Vorurteile, die die Ermittlungen geprägt haben, detretwegen die Familien der Opfer jahrelang mit falschen Verdächtigungen gequält, in unerträglicher Weise belastet und beleidigt worden sind.

Das kann niemand „wieder gut machen“, aber was man kann und muss, ist: Die Würde der Opfer wiederherstellen und ihre Angehörigen unterstützen!

Diese Nazi-Morde sind nur die Spitze des Eisbergs der rechtsextremen Gewalt in diesem Land. Diese immense Gefahr ist von den Sicherheitsbehörden über lange Jahre hinweg systematisch herunter gespielt worden. Das muss sich ändern, und zwar jetzt!

Das Verbot der NPD ist lange überfällig. NS-Verherrlichung und menschenverachtende Demagogie dürfen nicht länger auf den Schutz des Parteiengesetzes zählen und auch noch aus Steuergeldern finanziert werden – damit muss endlich Schluss sein!

Mit dem Verbot von Naziorganisationen wären wir einen entscheidenden Schritt weiter, aber klar ist auch: Gelöst haben wir damit das Problem noch lange nicht. Da müssen wir dranbleiben, dem braunen Mob und seinen geistigen Brandstiftern entgegentreten – auch und gerade als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr habt in Köln ja eine ausgesprochen gute Tradition, Euch gegen Rechtsextremismus zusammenzuschließen und Euch querzustellen. Ihr habt mehr als einmal allen gezeigt: Da, wo viele Demokratinnen und Demokraten stehen, ist kein Platz für Nazis – lassen wir ihnen heute und in Zukunft keinen Millimeter Raum!

Anrede,

Von dem Ziel, dass alle Menschen die Chance haben, an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilzuhaben, sind wir noch meilenweit entfernt. Die Bundesregierung hält zwar gern und viele Sonntagsreden, packt aber das nicht an, was getan werden muss.

Es reicht eben nicht, wenn unsere Bundeskanzlerin auf irgendwelchen 'Gipfeln' über das Auseinanderdriften der Gesellschaft philosophiert: Es ist schon längst Fakt, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet.

Wir brauchen endlich eine Politik, die das ändert und die nicht die Gräben zwischen Arm und Reich immer weiter aufreißt!

Dafür brauchen wir als Allererstes einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn, und zwar flächendeckend, und nicht unter 8,50 Euro. Damit dem irrsinnigen Druck nach unten bei den Löhnen auch wirklich ein Riegel vorgeschoben wird, darf nirgendwo mehr unter diesem Mindestlohn bezahlt werden – das ist dann wirklich das Mindeste.

Und da kann die CDU ihren Vorschlag, den sie vorige Woche gemacht hat, gleich wieder einpacken. Das ist eine Häppchenlösung, die noch dazu auf den Zufallsgenerator Losentscheid im Konfliktfall setzt.

Wer die Wirklichkeit in den Betrieben kennt, weiß: Das macht sich vielleicht gut zur Dekoration am Wahlkampfstand, aber gegen Armut trotz Arbeit wird das nicht helfen.

Aber genau darauf müssen und werden wir bestehen, bei jeder Wahlveranstaltung, hier in NRW genau wie im Bundestagswahlkampf.

Anrede,

Wir brauchen keine warmen Worte, wir brauchen klare gesetzliche Regelungen!

Wie sieht es denn bei uns am Arbeitsmarkt aus? Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, das ist gut so, aber der Arbeitsmarkt ist tief gespalten, die Hartz-Reformen haben schmerzhaft Spuren hinterlassen. Wir haben hier in Deutschland inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa, jeder Vierte muss zu Niedriglöhnen arbeiten.

Die belgischen Gewerkschaften haben T-Shirts drucken lassen, auf denen steht: „Das Modell Deutschland: Heinrich verdient 4,81 Euro die Stunde. Helft Heinrich!“ Hungerlöhne im reichen Deutschland, das ist die skandalöse Kehrseite des „German Jobwunder“.

Da braucht sich niemand zu wundern, wenn die begehrten Fachkräfte zum Beispiel in der Pflege in Europa dahin abwandern, wo Bezahlung und Arbeitsbedingungen besser sind, in der Schweiz, in Skandinavien, in den Benelux-Ländern.

Mit Niedriglöhnen kann Deutschland da nicht konkurrieren – wer den Knochenjob in der Pflege macht, hat mehr verdient, nämlich Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, und eine angemessene Bezahlung!

Anrede,

Wenn ich sage, jeder Vierte arbeitet zu Niedrigstlöhnen, stimmt das nicht ganz: 70 Prozent der Beschäftigten hier sind Frauen. Massenhaft befristete Jobs, mehr als sieben Millionen Minijobs, fünf Millionen sind ausschließlich darauf angewiesen.

Wer im Handel, in der Gebäudereinigung oder in der Gastronomie arbeitet, weiß, dass man hier Vollzeitjobs inzwischen mit der Lupe suchen muss, weil sie in Kleinstarbeitsverhältnisse aufgesplittert worden sind, von denen niemand leben kann.

Unsichere Selbstständigkeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit haben zugenommen. Die Leiharbeit boomt nach wie vor, im Alltag heißt das: In demselben Betrieb montiert der eine Kollege die rechte Autotür für 16 Euro die Stunde, der andere die linke für 10.

Wir wollen keine Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse – wir fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit!“

Jeder achte Leiharbeiter braucht ergänzend Hartz IV, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Die Arbeitgeber bedienen sich massenhaft aus den Hartz-IV-Kassen und lassen sich die Hungerlöhne, die sie zahlen, aus Steuermitteln subventionieren. Das ist der eigentliche Missbrauch von Hartz IV, der gehört auf die Titelseite der BILD-Zeitung!

Von hier aus solidarische Grüße an die Schlecker-Frauen, deren Hoffnung auf eine Transfer-

gesellschaft von der FDP mal eben so auf die Schnelle in den Dreck getreten worden ist!

Und wenn ein gewisser Herr Clement hier immer noch nichts dazu gelernt hat, dann ist er bei der FDP genau richtig angekommen – ich hoffe von Herzen, nach der Landtagswahl gibt es für ihn und für Herrn Lindner keine „Anschlussverwendung“, wie es Herr Rösler ausdrücken würde!

Anrede

Was hier in Deutschland die Krise bislang noch halbwegs abgefedert hat, ist die starke Tarifautonomie, die wir haben – starke Tarifpartnerschaften und starke soziale Sicherungssysteme.

Wir haben das Instrument der Kurzarbeit genutzt, und es ist investiert worden. Die Situation in Deutschland ist auch deshalb am Arbeitsmarkt relativ stabil, weil wir starke Gewerkschaften haben.

Das gilt auch für die Tarifabschlüsse. Die Kolleginnen und Kollegen von ver.di haben gezeigt, wie es geht – einen ordentlichen Abschluss gegen harte Widerstände erkämpft. Herzlichen Glückwunsch – auch wenn man natürlich immer mehr erhoffen kann.

Von hier aus auch unsere solidarischen Grüße an die Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall und der IG BCE. Die Sechs vor dem Komma steht. Wir wünschen Euch allen Erfolg bei Euren Warnstreiks. Die Arbeitgeber müssen endlich ein vernünftiges Angebot auf den Tisch legen!

Wir haben ein Anrecht auf unseren gerechten Anteil an dem Reichtum, den wir erwirtschaften. Wir wollen gutes Geld für Gute Arbeit! Und diesen Anspruch werden wir auch durchsetzen – da haben wir großen Nachholbedarf!

Anrede,

Wenn wir Gewerkschaften für eine gerechtere Verteilung kämpfen, Verteilung der Lasten und der Chancen, geht es uns gerade auch um die Chancen für die Jugend.

Die Jungen haben ein Anrecht auf Übernahme in vernünftig abgesicherte Beschäftigung, damit sie nicht jahrelang von Praktikum zu Praktikum über Werkvertrag und Befristungen ausgenutzt werden. Das wäre ein praktischer Beitrag zur vielgerühmten Generationengerechtigkeit.

Wir nennen das vielleicht nicht so, aber wir tun was dafür. Viele, die ständig von Generationengerechtigkeit reden, tun nichts dafür – im Gegenteil. Ich finde es grauenhaft, wenn die junge Generation als Vorwand herhalten muss für eine völlig verfehlte Politik, die die öffentliche Daseinsvorsorge und die Binnennachfrage kaputtspart, die zulasten der Ärmsten die Haushalte sanieren will und den Reichen und den Banken die Milliarden hinterherschmeißt.

Da schaut die CDU von den Wahlplakaten herunter plötzlich aus den Augen der Kinder. Hoffen wir, dass die Kinder nicht aus Hartz-IV-Familien kommen und ihre Brille verlegt haben – dann wird das nämlich nichts mit der klaren Sicht. Oder nach einem Platz im Kindergarten fragen, für den das Geld immer noch fehlt – wegen der Zukunft der Kinder, klar.

Statt hier zu investieren, will die Union jedes Jahr Milliarden für ein Betreuungsgeld in den Wind schießen – wer braucht denn bitte eine solche Herdprämie? Das ist keine Zukunftspolitik, das ist Politik aus dem 19. Jahrhundert.

Der Gipfel ist dabei, dass wer auf Hartz IV angewiesen ist, gar kein Betreuungsgeld bekommen soll – das wird gleich wieder abgezogen. Da soll also die Arztgattin vom Starnberger See oder aus Düsseldorf ein Betreuungsgeld bekommen, weil sie ihr Häschen nicht in den Kindergarten lassen mag – und die Hartz IV-Bezieherin in Kalk, Nippes oder Mülheim findet keinen Job, weil es keinen Kita-Platz für ihr Kind gibt?

Welche Kinderaugen meint die Union da eigentlich? Mit Politik in der Sache hat das schon lange nichts mehr zu tun, so ein unwürdiges Schauspiel sollte man nicht aufführen, und vor den Augen der Kinder schon gar nicht.

Da werden Milliarden verpulvert – für nichts und wieder nichts. Offensichtlich ist ja Geld da, es ist nur ungerecht verteilt!

Wer wirklich etwas für unsere Kinder tun will, muss endlich effektiv die beschämend hohe Kinderarmut bekämpfen! Das geht nicht mit bürokratischen Monstern wie dem „Bildungspaket“ von Frau von der Leyen, mit Bergen von Einzelanträgen, wo die Leistung jedem Kind folgen soll, es aber nicht erreicht.

Hartz IV ist und bleibt ein Riesen-Murks und wird wieder in Karlsruhe landen: Die Leistungen für Kinder aus Hartz-IV-Familien reichen nach wie vor hinten und vorne nicht. Dem Bundesverfassungsgericht liegt seit vergangener Woche die Klage einer Familie aus Berlin vor, und zwar mit Unterstützung des DGB-Rechtsschutzes.

Die zweite Klatsche aus Karlsruhe könnte die Bundesregierung sich eigentlich ersparen – doch dazu müsste sie jetzt endlich handeln. Armut und Ausgrenzung dürfen im reichen Deutschland nicht auch noch erblich werden!

Anrede,

Die Zukunft der Jugend ist inzwischen nicht mehr denkbar ohne Europa – und hier sieht die Zukunft für die Jugend in den Schuldenländern miserabel aus. Jeder zweite Jugendliche steht – trotz guter Ausbildung – in Griechenland auf der Straße, in Spanien sieht es nicht anders aus. In Portugal und in Italien ist es jeder Dritte.

Das ist sicher auch durch Fehler in diesen Ländern mitverschuldet, aber die ganz wesentlichen Gründe liegen in der Finanzmarktkrise und der grundfalschen Politik, die die Regierungen in Europa auf Betreiben von Merkel und Sarkozy eingeschlagen haben.

Statt die Staaten aus der Spekulationsfalle der Finanzmärkte zu befreien, gibt die EZB unsere Steuergelder den Banken nach wie vor zu billigen Zinsen, damit die sie dann zu zum Teil zehnfach höheren Sätzen an die Staaten ausgeben.

Da streichen die Banken auf unser aller Kosten immense Spekulationsgewinne ein – und treiben gleichzeitig die Staatsverschuldung in immer wahnsinnigere Höhen. Und die sollen dann die Schuldenländer mit Haushaltskürzungen wieder rein holen.

Dieser Kurs lädt die gesamten Lasten der Krise bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab. So wird die soziale Spaltung und Verarmung beschleunigt - und gleichzeitig noch die Wirtschaft abgewürgt.

Das kann man inzwischen in Griechenland oder Spanien ganz plastisch besichtigen: Die Arbeitslosigkeit auf einsamer Rekordhöhe, in Spanien aktuell bei 25 Prozent, die Hälfte der Jugend ohne Arbeit, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen können.

Die Löhne werden massiv gesenkt, die Tarifautonomie ausgehebelt. Selbst der Mindestlohn – das Mindeste also, was den Menschen zusteht – wird wieder und wieder zusammengekürzt. Als wäre der das Problem!

Die Gewerkschaften stehen für Solidarität statt Spaltung und Verleumdung. „Der Spanier“ oder „der Grieche“ ist doch nicht faul und korrupt, sondern Opfer der Banken und Spekulanten – und der falschen Politik von Sarkozy!

Es geht es nicht nur um Griechenland, sondern um die Zukunft von Europa insgesamt. Und die droht kaputtgespart zu werden.

Sparen hört sich ja immer gut an, aber mit so einem Kahlschlag fährt die Wirtschaft in den Abgrund! Die Gewerkschaften in ganz Europa sind sich einig: Wir wollen ein Europa für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein soziales Europa – und kein Europa der Börse, kein Europa der Finanzkonzerne und kein Europa der Banken.

Lasst mich eins klarstellen: Niemand redet hier der ungebremsen Verschuldung das Wort. Aber schon seit Jahren werden in Deutschland mit dem Argument ‚Staatsverschuldung‘ immer nur die Ausgaben gekürzt, und zwar ausschließlich.

Da setzt die Axt jedes Mal beim Sozialstaat an, das trifft die am meisten, die am wenigsten haben. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Wer die Staatsverschuldung runterfahren, aber die Gesellschaft nicht spalten will, der muss endlich was für die Einnahmen tun und das Geld bei denen holen, die viel zu viel davon haben. Mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes, mit der Vermögenssteuer, mit der Reichensteuer – nennt es, wie Ihr wollt, aber tut endlich etwas!

Hier ist seit Jahren leichtfertig Geld verschleudert worden. Hätten wir noch die Steuergesetze für die oberen Einkommen und Vermögen aus dem Jahr 2000, wären jedes Jahr 50 Milliarden mehr in der Kasse. Wir können die Staatsverschuldung wieder in den Griff bekommen, keine Frage – aber dann muss Schluss sein mit den Steuergeschenken an die Reichen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen Europa, aber wir wollen ein demokratisches und ein soziales Europa. Dafür brauchen wir Investitionen, und die Finanzmärkte müssen endlich reguliert werden!

Es war die ungezügelter Gier an der Börse, es waren die irrsinnigen Spekulationen, die uns alle reingerissen haben – und es ist diese Gier, die auch heute mit immer neuen Spekulationen die Staatsverschuldungen in so schwindelnde Höhen treibt.

Die Finanztransaktionssteuer, die die FDP blockiert, ist dabei nur der erste Schritt – aber wenigstens der muss endlich kommen!

Der zweite Schritt heißt Respekt – und auch hier meine ich keine warmen Worte: Wir erwarten Respekt für die Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Respekt für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte und für soziale Absicherungen, die diesen Namen auch verdient haben.

Eingriffe in die Tarifautonomie werden wir nicht hinnehmen – unsere klare Botschaft heißt: Hände weg von der Tarifautonomie!

Eine Bankenkrise lässt sich nicht lösen über Lohnkürzungen, lässt sich nicht lösen durch Einschnitte beim Kündigungsschutz und auch nicht durch Rentenkürzungen.

Lasst mich hier zu dem so genannten Fiskalpakt, der in den letzten Wochen immer wieder durch die Nachrichten geistert, nur soviel sagen:

Mit diesem internationalen Vertrag würde dieser grundfalsche politische Kurs in Europa noch so in Beton zu gegossen, dass Parlamente und Regierungen an den Grundlinien dieser ungerechten Politik auf Generationen überhaupt nichts mehr ändern können.

Das wäre ein fataler Fehler – wir brauchen mehr Demokratie und Teilhabe in Europa, und nicht weniger!

Anrede

Mit Rentenkürzungen sind wir hier in Deutschland in den vergangenen Jahren mehr als genug gequält worden. Die Durchschnittsrente liegt im Moment bei Männern (hier) im Westen

bei 857 Euro, für Frauen im Schnitt bei ganzen 479 Euro.

Vor einigen Wochen hat mir eine Kollegin, die gerade in Rente gegangen ist, ihren Rentenbescheid gezeigt. 632 Euro – und das nach 40 Jahren Vollzeit als Floristin.
632 Euro - das ist doch ein Skandal!

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch im Alter von seiner Rente in Würde leben können!

Fast die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner müssen heute schon vor der Altersgrenze raus und hohe Abschläge – mehr als 100 Euro im Monat – in Kauf nehmen. Die Rentenkürzungen zeigen also ihre bittere Wirkung – und wenn wir in die Zukunft schauen, wird das noch viel schlimmer werden:

Hier tickt eine Zeitbombe. Und das liegt an zwei Entwicklungen, die aufeinandertreffen.

Das eine ist der riesige Niedriglohnbereich: Wer sein ganzes Arbeitsleben lang von der Hand in den Mund leben muss, hat von vornherein keine Chance, eine vernünftige Rente zusammenzubekommen. Da hilft dann auch keine Zuschussrente à la von der Leyen, denn diejenigen, die am meisten von der Altersarmut bedroht sind, werden davon gar nicht profitieren können.

Das andere sind die Kürzungen bei der Rente selbst. Das Rentenniveau soll auf 43 Prozent schrumpfen – die Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung werden um fast ein Drittel zusammengestrichen. Und da kommt dann dieser Irrsinn mit der Rente mit 67 noch oben drauf – mit noch mehr Abschlägen.

Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere den viel beschworenen Jungen, droht in Zukunft Altersarmut – wenn die Politik nicht endlich umsteuert, und zwar heute, um die Altersarmut von morgen zu verhindern!

Wenn man sich das anschaut, dann ist es doch ein Hohn, dass Frau Merkel allen in Europa das deutsche Vorbild aufdrücken will – mit der Rente mit 67, Riester-Privatisierungen, Hartz-Reformen. Wir wissen aus bitterer Erfahrung, wie tief das die Gesellschaft spaltet.

Da stehen wir fest an der Seite der Gewerkschaften in Europa, überall da, wo sie sich dagegen zur Wehr setzen und für solidarische Antworten auf die Krise kämpfen!

Anrede

Wenn wir mehr Rente fordern oder einen besseren Schutz gegen Altersarmut, ist das erste, was man aus der Regierung, aus den Parteien hört: „Kein Geld.“

Das lässt sich ändern, wenn man will. Lasst Euch nicht ins Bockshorn jagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Rente sichern, das geht!

Wenn wir den Niedriglohnbereich endlich eindämmen, wenn wir statt Lohn- und Sozialdumping anständige Löhne und soziale Absicherung durchsetzen, spült das zig Milliarden in die Sozialkassen. Und wenn wir die Basis in den Sozialversicherungen verbreitern in Richtung auf eine Erwerbstätigenversicherung, wo alle reingehören, auch die, die von ihren großen Vermögen leben.

Aber selbst wenn man nicht so weit in die Zukunft schauen will, geht das: Die Rente sichern.

Im Moment steht die Rentenversicherung ausgesprochen gut da, sie macht Überschüsse, wir haben 25 Milliarden Euro Reserven. Die können wir ausgesprochen gut gebrauchen, um die Leistungen bei der Rente zu verbessern. Stattdessen will Schwarz-Gelb diese Rücklagen verpulvern – und noch einmal die Beiträge runterdrücken, auf 19,2 Prozent im nächsten Jahr.

Wenn die Koalition den Rentenbeitrag im nächsten Jahr senkt, schmelzen die Reserven wie Schnee in der Sonne. Dann gibt es keine Spielräume mehr, um das Rentenniveau zu halten, keine Spielräume gegen Altersarmut.

Schlimmer noch: In wenigen Jahren stünde ein regelrechter Beitragsschock bevor – und ich höre schon heute die Raffelhüschen und Maschmeyers, die darüber lamentieren, dass die Rentenversicherung marode sei und überhaupt alle bis 70 oder länger arbeiten müssen.

Anrede

Wir wollen etwas anderes: Wir wollen die Reserven zu einer echten Rücklage aufbauen. Eine Rücklage, mit der wir das Rentenniveau auch noch in den nächsten 20 Jahren halten und Altersarmut effektiv verhindern können.

Das geht ganz einfach: Der Rentenbeitrag wird jedes Jahr ein bisschen angehoben. Dadurch entstehen in der Summe riesige Rücklagen – ein echter Schatz, der dazu genutzt werden kann und soll, die Leistungen zu verbessern. Das kostet jedes Jahr im Schnitt 2,60 Euro mehr im Monat – und zwar für uns und für die Arbeitgeber. Mit diesen 2,60 Euro mehr können wir das Rentenniveau halten, den Sinkflug der Rente stoppen. Das ist nachhaltige Politik.

Es ist doch absurd, ständig die Demografie-Keule zu schwingen und zu erzählen, die Rente sei nicht mehr zu bezahlen – und im gleichen Atemzug den Beitrag zu senken und damit den Rentenabsturz noch zu beschleunigen.

Wer heute die Beiträge senkt, kürzt die Renten von morgen, und das wird gerade die Jungen treffen! Hinter der Beitragssenkung versteckt sich nichts anderes als eine weitere Privatisierung der Alterssicherung.

Vor allem die FDP behauptet ja immer wieder, dass damit die Spielräume für die Privatsorge vergrößert werden. Dieser – angebliche – Spielraum sind pro Monat ganze 5,20 Euro – und das auch nur für Durchschnittsverdiener. Was die FDP in Wirklichkeit will: Sie nimmt Euer Geld und schiebt das in die Taschen der Maschmeyers & Konsorten!

Wie bitte soll man – oder Frau – sich denn von 5,20 Euro im Monat eine private Altersvorsorge aufbauen? Das ist doch absurd!

Wenn die Bundesregierung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten möchte, und da bin ich die Letzte, die dagegen ist, dann soll sie endlich den Sonderbeitrag, den wir seit Jahren für Krankenversicherung extra zahlen müssen, abschaffen. Das sind jedes Jahr neun Milliarden Euro, die wir zusätzlich zahlen müssen – ohne Grund.

Paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung – oder am besten gleich die Bürgerversicherung – das bringt Entlastung, und zwar an der richtigen Stelle.

Aber lasst die Finger von unserer Rente!

Lasst mich eins hier für alle Zukunft sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer uns nach dem Crash am Finanzmarkt immer noch erzählen will, das Roulette am Aktienmarkt sei die bessere Alternative zur Solidarität der umlagefinanzierten Rentenversicherung, der will uns für dumm verkaufen! Die Alterssicherung zu privatisieren ist der falsche Weg.

Ansonsten kann sich Frau von der Leyen auch den ganzen Bohei um den angeblichen Kampf gegen Altersarmut an den Hut stecken. Das Beste an ihrem Gesetzentwurf ist der Titel: „Leistungsanererkennungsgesetz“. Raus kommt bei dem Gesetz leider nichts – außer dem bekannten freundlichen Lächeln der Ministerin, und dafür können sich die Betroffenen nichts kaufen.

Anrede,

Besonders bitter ist das für die, die es gesundheitlich nicht mehr schaffen und die jetzt an der Armutsgrenze herumkriechen müssen. Die sollen – nach dem neuen Gesetz – mit einem absolut lächerlichen Betrag abgespeist werden. Der reicht gerade mal für eine Tasse Kaffee mehr im Monat.

Da haben die Kolleginnen und Kollegen, die sich kaputtgeschuftet haben, mehr verdient – wer nicht mehr kann, darf nicht auch noch draufzahlen!

Die vielen, die es gar nicht bis zur 65 gesund in Lohn und Brot schaffen – der Schichtarbeiter im Chemie- oder Metallbetrieb, die Krankenschwester, der Maurer – die werden es erst recht nicht bis zur 67 schaffen. Für sie ist und bleibt die Rente mit 67 nichts anderes als eine weitere – zutiefst ungerechte – Rentenkürzung.

Anrede

wir werden die Alterssicherung in diesem Jahr und bis zur Bundestagswahl zum Schwerpunktthema machen. Wir machen weiter Druck – die Spielräume sind da.

Und wir wollen dafür sorgen, dass sie genutzt werden. Für Löhne und eine Rente, die zum Leben reicht – und zwar für Alle. Wer am falschen Ende spart, verspielt die Zukunft. Und das gilt nicht nur für die Rente.

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können, die die Menschen nicht in Armut abdrängt, sondern sie vor Absturz schützt, an der alle auf Augenhöhe teilhaben.

Mischen wir uns also weiter ein: für mehr Gerechtigkeit, gute Arbeit und Solidarität!

Vielen Dank.